# Gute Nachricht – keine Nachricht?
# Ein Jahr
# Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ der Bundesregierung

von Winfried Nachtwei, MdB (Mai 2005)

Auch wenn es in den Medien – bis auf eine ironische Fernreaktion bei www.geopowers.com - keinen Widerhall fand, war es doch ein großes Ereignis: Ungefähr 400 Interessierte kamen am 11. Mai 2005 zur Diskussionsveranstaltung „Deutschlands Rolle in der zivilen Krisenprävention“ im Weltsaal des Auswärtigen Amtes in Berlin zusammen. Anlass war das einjährige Bestehen des ressortübergreifenden Aktionsplans "Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung", den das Bundeskabinett am 12. Mai 2004 beschlossen hatte. Erstmalig tagte der Beirat „Zivile Krisenprävention“, der sich aus Vertretern der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft, Entwicklungs- und Umweltpolitik, Kirchen und Wirtschaft zusammensetzt. Als Nichtmitglieder nahmen Uta Zapf (SPD-MdB) und ich für unsere Fraktionen an der Beiratssitzung teil.
Der Zeitpunkt der Veranstaltung konnte kaum passender sein: wenige Tage nach dem 60. Jahrestag des Weltkriegsendes und seiner zentralen Lehre ist, den Anfängen von Gewalt und Krieg gemeinsam zu wehren; am Vorabend der Ratifizierung der EU-Verfassung durch den Bundestag.
Moderiert von Kerstin Müller, Staatsministerin im Auswärtigen Amt, diskutieren über „Gemeinsames Handeln oder leere Worte – Krisenprävention und Multilateralismus“ Botschafter Michael Steiner, Christoph Heusgen, Leiter der Policy Unit beim Hohen Repräsentanten Solana) und Jochen Prantl (Oxford). Über „Gemeinsames Handeln oder getrennte Wege – Regierung und Zivilgesellschaft in der zivilen Krisenprävention“ diskutieren Lotte Leicht (Human Right Watch), Tom Koenigs (Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt), Generalmajor a.D. Christian Millotat (ehemaliger stellv. KFOR-Kommandeur) und Hans-Joachim Preuß, Generalsekretär der Welthungerhilfe unter der Moderation von Uschi Eid, Staatssekretärin im Entwicklungsministerium.
Vorher verfolgen mehrere hundert Besucher voller Erschütterung den auf der Berlinale 2005 uraufgeführten und inzwischen preisgekrönten Dokumentarfilm „Lost Children“ in Anwesenheit der Regisseure Oliver Stoltz und Ali Samadi Ahadi. Lost Children porträtiert vier Kinder zwischen acht und 14 Jahren, ehemaligen Kindersoldaten der Lord’s Resistance Army im Norden Ugandas. Caritas International führt in Pajule ein Projekt zur Integration von Kindersoldaten durch.
Inzwischen ist der Aktionsplan als Broschüre (auch in Englisch) erhältlich, zusätzlich die AA-Zwischenbilanz „Ein Jahr Aktionsplan“.

**Rückblick**

Das Vorhaben des Aktionsplans wurde auf bündnisgrüne Initiative 2002 in die Koalitionsvereinbarungen aufgenommen und unter Federführung des Auswärtigen Amtes mit zehn Ressorts sowie unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure erarbeitet. Hier ist ausdrücklich Martin Fleischer zu danken, der sich als Referatsleiter GF 02 im AA um den Aktionsplan besonders verdient gemacht hat und der im Sommer 2004 an die deutsche VN-Vertretung in New York wechselte.

Was ist der Aktionsplan Krisenprävention?

- Der vom Kabinett beschlossene und für alle Ressorts geltende Aktionsplan Krisenprävention ist eines der wenigen ressortübergreifenden Grundlagendokumente der Bundesregierung zur Außen- und Sicherheitspolitik. Als Kabinettsbeschluss steht es in der Dokumentenhierarchie höher als die viel bekannteren Verteidigungspolitischen Richtlinien, die vom Kabinett zur Kenntnis genommen wurden und nur für den Geschäftsbereich des Verteidigungsministers gelten.
- Der Aktionsplan ist ein wesentliches Teildokument für die bislang ausstehende friedens- und sicherheitspolitische Gesamtkonzeption bzw. –strategie der Bundesregierung.
- Der Aktionsplan beinhaltet große Chancen zu mehr Friedensfähigkeit. Mit ihm will die Bundesregierung ihre Fähigkeiten zur zivilen Konfliktbearbeitung gegenüber gewaltträchtigen Konflikten umfassend und systematisch stärken. Seine Bestandsaufnahme präsentiert bisherige Instrumente und Maßnahmen in ihrer Breite und Differenziertheit, wie sie auch Insidern bisher so kaum bewusst war.

- Der Aktionsplan benennt als zentrale Anforderungen an zivile Krisenprävention die Kohärenz im Handeln staatlicher und nichtstaatlicher Akteure und ihren Querschnittcharakter weit über die traditionelle Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik hinaus, ihre multidimensionale Anlage, ihre Orientierung auf Ursachenbekämpfung wie auf Akteursbeeinflussung.
- Der Aktionsplan betont ausdrücklich das Do-No-Harm-Prinzip als krisenpräventives „Kehren vor der eigenen Haustür". Im Dickicht krisenpräventiver Ansätze bringt der Aktionsplan Orientierung, indem er die strategischen Ansatzpunkte (verlässliche staatliche Strukturen, Förderung von Friedenspotenzialen, Sicherung von Lebenschancen), Handlungsfelder und Akteure auf globaler, regionaler und nationaler Ebene identifiziert.
- Der Plan leitet insgesamt 161 Aktionen aus dem Dreischritt Herausforderungen, Bestandsaufnahme und Erfahrungen ab. Die Bundesregierung leistet damit einen vorbildlichen Beitrag zur Stärkung eines effektiven Multilateralismus im Rahmen von EU, UNO und OSZE und trägt zu einer Stärkung von umfassenden zivilen VN-Fähigkeiten bei. Der Grundwert Gewaltfreiheit wird hier in konkrete Politik der strukturellen und direkten Gewaltverhütung und Gewalteindämmung übersetzt.

Das **Echo auf den Aktionsplan** war sehr unterschiedlich. In der breiteren Öffentlichkeit, in den Medien, ja sogar in der Breite des Parlaments und Teilen der Bundesregierung wurde der Aktionsplan bisher kaum bis gar nicht wahrgenommen. Ähnliches gilt für breite Teile der Friedensbewegung. Hier mischen sich strukturelle Wahrnehmungshindernisse, eine allgemeine Militärfixiertheit – auch bei Militärkritikern – sowie politische Ignoranz einerseits und eine defizitäre Öffentlichkeitsarbeit (s.u.) andererseits.
Der Bekanntheit des Aktionsplans wuchs eher „von unten" unter Fachinteressierten. Und da war dann das Urteil zu 95% positiv. Besonders hilfreich ist die umfassende Stellungnahme von Tobias Debiel („Wie weiter mit effektiver Krisenprävention?").[1] Der Aktionsplan gilt in seiner Differenziertheit und Konkretheit als international einmalig.

Als Defizit des Aktionsplans wurde einhellig vor allem die unveränderte personelle und finanzielle Ausstattung dieses Politikfeldes gewertet. Als Problem wurde die noch fehlenden Schwerpunkt- und Prioritätensetzung bei den 161 Aktionen genannt. Diese Kritiken bzw. Problemanzeigen treffen zu. (vgl. meine Stellungnahme „Aktionsplan Krisenprävention: Großer Fortschritt an Friedensfähigkeit")
Gegensätzlich sind die Schlussfolgerungen insbesondere aus der Ressourcenkritik: Während die meisten nüchtern und konstruktiv mit dieser Kritik umgehen und primär die Chance des Aktionsplans sehen, ist sie anderen Grund genug, den Aktionsplan als Placebo abzutun und ihn links liegen zu lassen – als erneute „Bestätigung" einer angeblich unglaubwürdigen rot-grünen Friedenspolitik.

## Bisherige Umsetzung des Aktionsplans[2]

Zuerst war innerhalb der Bundesregierung die durch den Aktionsplan vorgegebene Infrastruktur zu schaffen: Benennung der Beauftragten für zivile Krisenprävention in allen Ressorts und Bildung des Ressortkreises Zivile Krisenprävention unter Vorsitz des Auswärtigen Amtes. Beauftragter des AA für zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung ist Botschafter Ortwin Hennig (vormals Gesandter in Moskau, Bundespräsidialamt, OSZE/Wien, EU/Brüssel, Abrüstungsabteilung AA, Kabul etc.). Der Ressortkreis konstituierte sich am 20. September 2004. Er soll „die Umsetzung des Aktionsplans gewährleisten, Koordinierung und Kohärenz fördern, die Aktionen im Bereich Krisenprävention bündeln, Synergien erzeugen und damit Voraussetzungen für eine Verbesserung der Handlungsfähigkeit der Bundesregierung in diesem Politikbereich schaffen". (Broschüre S. 6)
Da der Ressortkreis kein politisches Steuerungsgremium ist, wird er durch Treffen auf der politischen Ebene aller Ressortstaatssekretäre/-minister begleitet.

---

[1] Vgl. die Stellungnahmen von Volker Rittberger, Tobias Debiel, Martina Fischer, Thilo Marauhn, Lothar Brock unter der Moderation von Theo Sommer bei dem Parlamentarischen Abend der Deutschen Stiftung Friedensforschung am 23. September 2004 in Berlin (alle Beiträge in „Die Friedens-Warte" Heft 3-4/2004); das Friedensgutachten 2004; die VENRO-Stellungnahme vom 9. 9.2004; Veranstaltung des Instituts für Auslandsbeziehungen/Projekt Zivile Konfliktbearbeitung (zivik) am 16.11.04; Stimmen auf der Jahresmitgliederversammlung des Forum Ziviler Friedensdienst in Kassel und Jahrestagung der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung im April 2005 in Loccum; Kommentare vieler FriedenspraktikerInnen in Krisenregionen; Reaktionen der europäischen Kollegen bei unserer gemeinsamen Fraktionssitzung in Brüssel.
[2] Vgl. auch AA-Broschüre „Ein Jahr Aktionsplan (…) der Bundesregierung", Mai 2005.

Der Ressortkreis hat sich bisher auf **vier** Schwerpunkte geeinigt Diese vier „Leuchttürme“ sollen die Sichtbarkeit krisenpräventiver Politik verbessern.
- Verbesserung der Schnittstelle zwischen early warning und early action: Einrichtung eines Ländergesprächskreises Nigeria, in dem deutsches staatliches und nichtstaatliches Engagement besser koordiniert und Präventionsstrategien erarbeitet werden sollen. Während die meisten Präventionsaktivitäten in post-conflict-Ländern stattfinden, handelt es sich hier um ein „echtes“ Präventionsprojekt.
- Verbesserung der operativen Handlungsfähigkeit: Reform des Sicherheitssektors in fragilen Staaten. Förderung verlässlicher staatlicher Strukturen ist ein strategischer Ansatzpunkt von Krisenprävention. Deutschland leistet im Bereich Polizei, Justizaufbau, Entwaffnung/Demobilisierung und Reintegration, auch militärischer Ausbildungshilfe, Abrüstungszusammenarbeit hervorragende und international hoch angesehene Einzelbeiträge zur Sicherheitssektorreform. Diese gilt es konzeptionell miteinander zu verbinden und aufeinander abzustimmen.
- Verbesserung personeller Voraussetzungen: Nachdem mit Hilfe des Zentrums Internationale Friedenseinsätze (ZIF) und dem Zivilen Friedensdienst die Ausbildung von zivilen Experten für internationale Friedenseinsätze und von Friedensfachkräften erheblich verbessert wurde, soll nun die Verfügbarkeit von Friedenspersonal (Rechtsgrundlagen, soziale Absicherung) verbessert werden. Hier geht es um ein ziviles „Entsendegesetz“.
- Verbesserung der finanziellen Voraussetzungen: Friedensengagement und Friedenseinsätze brauchen schnell verfügbare Finanzressourcen. Geprüft wird das britische Modell eines Conflict Prevention Pools, einem gemeinsamen „Topf“ von Außen-, Entwicklungs- und Verteidigungsministerium, und die eventuelle Einbeziehung weiterer Ressorts.

In den Beirat Zivile Krisenprävention wurden berufen VertreterInnen der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF), der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), des Bonn International Center for Conversion (BICC), des Berghof Forschungszentrums, des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE), der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, des Verbandes Entwicklungspolitik deutscher Nicht-Regierungsorganisationen (VENRO), des Forums Menschenrechte, von German Watch, von adelphi research, der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE), von Siemens, BASF und Deutscher Bank, der Friedrich-Ebert-Stiftung (in Vertretung aller politischen Stiftungen) sowie bis zu drei Personen mit besonderer Expertise in Krisenprävention (darunter Botschafter a.D. Wilhelm Höynck, Ex-OSZE-Generalsekretär).

Mit dem Verteidigungsministerium (BMVg) vereinbarte ich für die Grüne Fraktion – abgestimmt mit der SPD-Fraktion -, dass das BMVg kurzfristig einen „substanziellen Beitrag“ von bis zu 10 Mio. Euro zu Vorhaben des Aktionsplans bzw. des Ressortkreises leistet. Mit verbesserten Fähigkeiten der zivilen Krisenprävention sollen nicht zuletzt Auslandseinsätze der Bundeswehr „eingespart“ werden.

**Bewertung**

1. Der Aktionsplan ist ein großer konzeptioneller Schritt zu einer Friedens- und Sicherheitspolitik, die den komplexen Herausforderungen in Gegenwart und Zukunft gerecht wird. Die AA-Bilanz stellt aber zu Recht fest, dass sich „Krisenprävention im engeren Sinne bei der Formulierung von Politik und bei der Implementierung in den verschiedenen Politikbereichen noch nicht hinreichend durchgesetzt hat. Erfordernisse einer so verstandenen Krisenprävention geraten immer wieder in Konflikt mit strategischen und/oder Wirtschaftsinteressen. Die Überzeugung, dass Krisenprävention die kostengünstigste Politik ist, und dass es besser ist, krisenpräventiv vorzubeugen, als später gewaltsame Konflikte befrieden zu müssen, kommt auch in den Budgets noch nicht zum Tragen.“ (S.10) Längerfristige Krisenprävention trete immer wieder hinter kurzfristigem akutem Krisenmanagement zurück.

2. Große Pluspunkte des Aktionsplans sind
- die doppelte Orientierung auf direkte Krisenprävention und strukturelle Ursachen (erweiterter Sicherheitsbegriff)
- die systematische Einbeziehung sozio- und politökonomischer Aspekte (Gewaltökonomien)
- die strategischen Ansatzpunkte (Rechtsstaatlichkeit, gesellschaftliche Friedenspotenziale, Lebensbedingungen)
- die explizite Anerkennung und Förderung zivilgesellschaftlicher Akteure bei der Friedensförderung.

3. Der Aktionsplan verzichtet bei der Breite der Ansätze und Aktionen auf eine deutliche thematische und regionale Prioritätensetzung. Dieses Defizit ist wesentlich der Tatsache geschuldet, dass von Seiten der Bundesregierung insgesamt eine übergreifende Ziel- und Interessendefinition, aus der sich

regionale und sektorale Schwerpunkte ableiten ließen, bisher nicht formuliert wurde. (vgl. Debiel S. 294) Besonders deutlich wird das in den Verteidigungspolitischen Richtlinien, nach denen Bundeswehreinsätze zu jeder Zeit am jedem Ort mit jeder Intensität notwendig werden können.
Ein Defizit an Prioritätensetzung begünstigt das „Gießkannenprinzip“, erschwert die Wirksamkeit von Maßnahmen und beeinträchtigt die Nachvollziehbarkeit und Akzeptanz deutscher Politik in internationaler Verantwortung.

4. Für die Umsetzung des Aktionsplans ist der Ressortkreis nicht der einzige, aber ein sehr wichtiger Hebel. Ohne eine ausreichende personelle Ausstattung der beim AA angesiedelten Ressortkreiskoordination geht es nicht. Die Abordnung von Personal aus den beteiligten Ressorts ist noch unzureichend.

5. Die vier Schwerpunktbereiche des Ressortkreises sind gut gewählt und in der Tat vordringlich. Dabei besteht ein ausdrückliches Interesse, dass Fortschritte in den Schwerpunktbereichen nicht durch unzureichende Ressourcenausstattung (z.B. Nigeria-Prävention) oder Ressortdifferenzen (Ressourcenpool) behindert werden. Deshalb ist eine politisch-parlamentarische Begleitung und Rückenstärkung unabdingbar. Die BMVg-Verfügungsmittel sind da eine gute Hilfe.
Die Schwerpunktsetzung des Ressortkreises bedeutet selbstverständlich nicht, dass darüber die anderen Aktionen in den Hintergrund treten würden. Weitere Schwerpunkte sind in einzelnen Ressorts angesiedelt, z.B. der Zivile Friedensdienst beim BMZ. Damit ZFD-Aktivitäten in einer Krisenregion zu einer „kritischen Masse“ werden können, müssen sie aber noch deutlich verstärkt werden.

**Perspektiven + nächste Schritte**

*Weitere vordringliche Schwerpunktbereiche*

1. Eine zivil-polizeilich-militärische Ausbildungsvernetzung ggfs. -verbund zur Förderung von Kooperationsfähigkeiten und Kohärenz in Friedenseinsätzen. An verschiedenen Orten findet inzwischen Ausbildung für internationale Friedensmissionen statt: In drei polizeilichen Ausbildungsstätten, beim ZIF, beim Zentrum Innere Führung und VN-Ausbildungszentrum der Bundeswehr, in gewisser Weise auch bei der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) etc. An den Märzunruhen im Kosovo oder in der Arbeit der Regionalen Wiederaufbauteams (PRT) in Nordostafghanistan zeigt sich, wie weit noch die verschiedenen Organisationskulturen auseinander sind und wie sehr das kooperatives Vorgehen erschwert. Bisher werden schon einzelne Ausbildungsabschnitte von Vertretern anderer Akteure geleistet. Das ist gut, reicht aber nicht mehr aus.
Einhergehen sollte die Ausbildungsvernetzung mit einer integrierten Auswertung von Friedenseinsätzen um ein institutionalisiertes Gedächtnis für Friedenssicherung und –konsolidierung zu fördern.

2. Förderung einer professionellen Friedens- und Präventionsberichterstattung. Notorisch ist die Nichtwahrnehmung von Ansätzen ziviler Krisenprävention. Während Gewalt, Krieg, Streit viel leichter öffentliche Aufmerksamkeit finden, ist Zivile Konfliktbearbeitung angesichts der hektischen Springfluten an Informationen und Reizen wenig attraktiv, durchsetzungsfähig und sichtbar. Die Langwierigkeit ihrer Methoden, die Unsichtbarkeit und Nichtbeweisbarkeit ihrer Erfolge sind ihr strukturelles Handicap auch im Vergleich zum militärischen Krisenmanagement mit seinen sichtbaren Stärke-Botschaften und zur humanitären Nothilfe mit ihrer menschlich-sichtbaren NOTwendigkeit.
Gerade wegen dieser strukturellen Nachteile bedarf es professioneller und umfassender Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit für zivile Krisenprävention. Sie ist im friedenspolitischen Eigeninteresse. Denn verbesserte Friedensfähigkeiten und mehr personelle und finanzielle Ressourcen dafür brauchen dringend über das Engagement einzelner Abgeordneter hinaus auch öffentlichen Druck und Lobby. Ohne eine solche „Präventions-Lobby“ bleibt es bei der Dominanz militärlastiger Öffentlichkeitsarbeit und Lobby einerseits, der Randrolle einer fundamental-pazifistischen bzw. antimilitärischen Öffentlichkeitsarbeit andererseits sowie militärfixierter Wahrnehmungsmuster quer durch die Gesellschaft.
Das vom AA seit drei Jahren mit geförderte peace counts project beweist die Möglichkeit und Attraktivität von Friedensberichterstattung und ist ein großer Schritt nach vorn.
Dieser und andere Ansätze sind systematisch auszuweiten.
Ein allererster Schritt wäre eine „Übersetzung“ des Aktionsplantextes in eine anschaulich illustrierte Publikation für ein etwas breiteres Publikum sowie eine zusammenführende Darstellung der vom Bund seit 1998 geförderten Infrastruktur Zivile Krisenprävention mit ZIF, FEM, zivik, ZFD, FriEnt, DSF, CIVPOL, KRIUM etc.

*Weitere nächste Schritte*

3. Thematische und regionale Prioritätensetzung in der Krisenprävention geht nicht ohne umfassende Ziel- und Interessendefinition deutscher Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik insgesamt. Auch wenn es die „Handlungsfreiheit“ einzelner Ressorts tangieren würde: Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, die Friedenspolitik sein soll, braucht ein strategisches Konzept.

4. Die Bestandsaufnahme von Maßnahmen der zivilen Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung ist zu ergänzen um eine Auflistung der entsprechenden Haushaltstitel. Das würde die Sichtbarkeit dieser Maßnahmen verbessern (z.B. der erheblichen Beiträge zu multilaterale Politik) und die Diskussion über die haushaltspolitischen Prioritäten einer Außen- und Sicherheitspolitik im umfassenden Sinne erleichtern.

5. Auf der konzeptionellen wie der politisch-praktischen Ebene bedarf das Verhältnis zwischen zivilen, polizeilichen und militärischen Instrumenten und Akteuren der Friedens- und Sicherheitspolitik einer Klärung. Das reicht vom in Entstehung begriffenen Verteidigungs-Weißbuch bis zur konkreten zivil-militärischen Zusammenarbeit – und ihren Grenzen. Der 1. Hammelburger Kongress „Politik und Konfliktprävention“ am Beispiel Afghanistans und des Kosovo wird hierzu ein interessantes Forum bieten. (15.-17. Juli 2005, auf Initiative von MdB Hans-Josef Fell in Zusammenarbeit mit VN-Ausbildungszentrum der Bundeswehr in Hammelburg, Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, pax christi, Eurosolar)

6. Internationale und multilaterale Verkoppelung der deutschen Infrastruktur zivile Krisenprävention, insbesondere auf Ebene der EU, der VN und OSZE. Das Zivile Planziel 2008 der EU (Rat der EU, 15863/04 vom 7.12.2004) wie auch der Vorschlag der Hochrangigen Gruppe zur VN-Reform, angesichts der vielfach fehlgeschlagenen Friedenskonsolidierungsprozesse eine Peacebuilding-Commission einzusetzen, sind Anknüpfungspunkte und Anregungen für den deutschen Aktionsplan. Die EU will integrierte Kontingente für mehrere parallele zivile Krisenbewältigungsmissionen aufbauen, darunter mindestens eine umfassende kurzfristig entsendbare zivile „Substitutionsmission“ in einem prekären Umfeld. Deshalb muss auch die Bundesrepublik in Kürze ihre zivilen Planziele definieren – wie viel ausgebildetes Personal sie für verschiedene Fähigkeitsbereiche (z.B. Rechtsstaatsaufbau, Entwaffnung/Demilitarisierung/ Reintegration etc.) verfügbar halten will. Diese Klärung ist spätestens seit der Planung der Bundeswehr akut, mit den künftigen Stabilisierungskräften bis zu fünf Stabilisierungseinsätze gleichzeitig mit maximal 14.000 Soldaten über längere Zeit gewährleisten zu können.

7. Für die Aktionen des Aktionsplans sind operationalisierte Handlungsziele (benchmarking) zu formulieren.

8. Mit dem geplanten Bundestagsantrag der Koalitionsfraktionen soll der Aktionsplan politisch gestärkt und die Diskussion um seine Umsetzung und Weiterentwicklung vorangebracht werden.

9. Die größte Herausforderung ist die Umsetzung des Do-No-Harm-Prinzips in der Politik der Bundesregierung. Die permanente Auseinandersetzung um die sicherheitspolitisch notwendige Eingrenzung oder außenwirtschaftlich gewünschte Ausweitung deutscher Rüstungsexporte macht deutlich, dass die verschiedenen Ressorts der Bundesregierung von Kohärenz noch weit entfernt sind und dass der Primat der Krisenprävention seine blinden Flecken hat. Hier und anderswo besteht die Gefahr, dass Regierungspolitik den vom Kabinett beschlossenen Ansatz ziviler Krisenprävention konterkariert.
Die Do-No-Harm-Herausforderung wächst im Hinblick auf manche Partner und Verbündete in deprimierende Dimensionen. Was von Russland und USA durch kontraproduktive Politik zur indirekten Terrorismusförderung „geleistet“ wird, übersteigt alle Präventionsbemühungen um ein Vielfaches und wirft globale kollektive Sicherheit immer mehr zurück.

10. Evaluation und Zweijahresbericht an den Bundestag: Die Koalition will ausdrückliche wirksame Krisenprävention und nicht ein Placebo zur Beruhigung der eigenen friedensbewegten Wurzeln. Deshalb sind Wirksamkeitsüberprüfungen unerlässlich. Die kürzliche Tagung „Evaluation in der zivilen Konfliktbearbeitung“ in Loccum gab hierzu wichtige Anregungen. (vgl. Thania Paffenholz: Evaluation von Interventionen ziviler Friedensförderung, April 2005) Deutlich wurde dabei die Unausgewogenheit bisheriger Wirksamkeitsüberprüfungen: Zivilgesellschaftliche Projekte stehen unter einem hohen Evaluierungsdruck. Dieser nimmt ab, je höher politische und militärische Maßnahmen angesiedelt sind – und je teurer sie sind. So verfügen wir wohl über politische Bewertungen des deutschen militärisch-polizeilich-zivilen Engagements im Kosovo oder in Afghanistan, aber keineswegs über systematische Wirksamkeitsüberprüfungen. (vgl. W.Nachtwei: Evaluation in der zivilen Konfliktbearbeitung: Erwartungen und Möglichkeiten, Referat in Loccum)

Der in 2006 vorzulegende Bericht der Bundesregierung zur zivilen Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung wird solche Evaluationen noch nicht bringen können. Er wird aber darüber Aufschluss geben, wie sehr sich alle infrage kommenden Ressorts der Bundesregierung die Ziele und Aktionsempfehlungen zu Eigen gemacht haben. Der Bericht wird auch zeigen, inwieweit deutlich mehr Kooperation und Kohärenz in der Krisenprävention erreicht werden konnte – oder ob Ressortinteressen und –konkurrenzen so wirkten, dass neue Strukturen der ressortübergreifenden Zusammenarbeit notwendig sind. Die seit 2001 eingeführten britischen Conflict Prevention Pools sind ein ausgesprochen interessante Kooperations- und Finanzierungsmechanismen.

Der Bericht „Krisenprävention" wird insgesamt nicht das Rad neu erfinden, sondern an andere bewährte Berichte der Bundesregierung anknüpfen können – so den Jahresabrüstungsbericht, den Rüstungsexportbericht, den Bericht der Bundesregierung zu ihrer Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen (BT-Drs. 15/4481 vom 8.12.2004), den Menschenrechtsbericht sowie die Bilanzberichte zu verschiedenen Krisenregionen (Südwestbalkan, Afghanistan).

**Weitere Informationen**

- Aktionsplan Zivile Krisenprävention (…), dt. und engl. Fassung unter www.auswartiges-amt.de, www.nachtwei.de
- Volker Rittberger, Tobias Debiel, Thilo Marauhn, Martina Fischer, Lothar Brock zum Aktionsplan, Die Friedens-Warte 3/4/2004, S. 249-343, Dokumentation Aufbau und Maßnahmen des Aktionsplans, S. 385-396, www.friedens-warte.de
- Winfried Nachtwei, Aktionsplan Krisenprävention: Großer Fortschritt an Friedensfähigkeit, Mai/Oktober 2004, www.nachtwei.de
- Ein Jahr Aktionsplan Zivile Krisenprävention, hrg. vom Auswärtigen Amt, unter www.nachtwei.de
- Geburtstag! Ein Jahr Aktionsplan Krisenprävention, Stellungnahme auf der Informationsplattform „Zivile Krisenprävention, Umwelt und Ressourcen", durchgeführt von adelphi research, www.krium.de
- Kerstin Müller, Staatsministerin im AA, Rede zu Ein Jahr Aktionsplan, 11. Mai 2005, www.auswartiges-amt.de
- Bonn International Conversion Center, www.bicc.de
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung BMZ, www.bmz.de
- EU Zivile Krisenbewältigung im Rahmen der ESVP, www.ue.eu.int
- Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Globalisierung mit menschlichem Antlitz, Reader 15/69; Die Reform der Vereinten Nationen, Broschüre 15/70; Beschluss „Für eine aktive Rolle Deutschlands zur Erreichung der Millenniumsziele" vom 8.3.2005, www.gruene-bundestag.de
- Deutsche Stiftung Friedensforschung, www.bundesstiftung-friedensforschung.de
- Conflict Prevention Pools der britischen Regierung (UK Priorities) und "Investing in Prevention" , www.strategy.gov.uk
- International Crisis Group (ICG), www.crisisgroup.org
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, www.dgvn.de
- Forum Ziviler Friedensdienst, www.forum-zfd.de
- Gruppe Friedensentwicklung (Arbeitsgemeinschaft von BMZ, Ev. Entwicklungsdienst, Friedrich-Ebert-Stiftung, GTZ, Kath. Zentralstelle für Entwicklungshilfe/Misereor, Konsortium ZFD, Plattform ZKB, Institut für Entwicklung und Frieden INEF, www.frient.de
- Projekt Zivile Konfliktbearbeitung (zivik), www.ifa.de/zivik
- Evang. Akademie Loccum (seit Jahren der Diskussions- und Entwicklungsort zur zivilen Konfliktbearbeitung), www.loccum.de
- Peace Counts Project, www.peacecounts.org
- Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, www.konfliktbearbeitung.de
- Internationale Polizeimissionen (NRW), www.police-mission.de
- Vereinte Nationen, www.un.org
- VN-Ausbildungszentrum der Bundeswehr Hammelburg, www.vnausbildungszentrumbw.de
- Zentrum Internationale Friedenseinsätze (ZIF), www.zif-berlin.org